

Berichte

2006

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt
2	Wozu eine „Nationale Stadtpolitik“?
4	Für eine Stadtpolitik in Deutschland
	Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen
5	Brennpunkt Stadt: Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt, politische Einheit: Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag
7	Prof. Dr. Klaus. J. Beckmann neuer Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik
8	Strategische Entscheidungshilfe: Transformation netzgebundener Infrastruktur – Strategien für Kommunen am Beispiel Wasser
11	Was ist eigentlich E-Government?
12	Kommunales E-Government – drei Schritte vor und einer zurück
14	Preisträger des Bundeswettbe- werbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

	Neue Projekte
16	Difu beteiligt sich mit Projekt B-Sure als nationaler Think-Tank an Interreg IIIB
17	Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt: Anforderungen, Möglichkeiten, Probleme
19	Kommunalwissenschaftliche Prämienausschreibung 2006
20	Neu im Difu-Internet
20	Exklusiv für Difu-Zuwender
21	Difu-intern: Abschied nehmen
22	Mediennachlese
23	Impressum
24	Bestellschein

Wozu eine „Nationale Stadtpolitik“?

Am 11. und 12. Mai veranstalteten drei renommierte Institutionen (Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Akademie für Raumforschung und Landesplanung und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Neue Orientierungen nationaler Stadtpolitik“. Die Veranstalter werden Verlauf und Ergebnisse aus ihrer Sicht dokumentieren (siehe Literaturtipp), die Zeitungen sind – natürlich! – darüber hinweggegangen, für das Deutsche Institut für Urbanistik ist dies ein Anlass, zur Frage Stellung zu nehmen: „Wozu eine ‚Nationale Stadtpolitik‘?“ Brauchen wir sie, wie könnte, sollte sie aussehen? Dazu hier erste Gedanken als Diskussionsanstoß.

Zunächst einmal gibt es gute Gründe, die Frage nach der Notwendigkeit uneingeschränkt zu bejahen: Die wichtigsten in Kürze:

- **Städte als Wirtschafts- und Lebensraum** verdienen Aufmerksamkeit: Die Menschen leben in Deutschland weit überwiegend (75 %) in Städten und Stadtregionen. Dass sie dies auf Dauer produktiv, friedlich, gesund, insgesamt also objektiv nachhaltig und subjektiv zufrieden tun können, ist ein ungeschriebenes oberstes Staatsziel. Städte sind aber zugleich Problemzonen: Hier liegen Schwerpunkte von Arbeitslosigkeit und Armut, von sozialen Spannungen und Integrationsaufgaben, von ökologischen Herausforderungen.
- **Städte als bauliche und grüne Ensembles** in der Landschaft sind infrastrukturtechnische Meisterwerke, bewahren kulturelle Schätze, schulen den Blick, stiften Bilder von Einheit und Vielfalt, Gefühle von Heimat und Zugehörigkeit.
- **Städte als politische Einheiten** sind Schulen der (repräsentativen und direkten) Demokratie, des bürgerlichen Engagements, aktive, unverzichtbare Träger der Daseinsvorsorge, sachkundige Partner der staatlichen Instanzen in ihren vielfältigen Funktionen als Sozialstaat, Kulturstaat oder Rechtsstaat.

Ob Städte ihre Potenziale entfalten können, hängt nicht allein von ihnen ab. Bund und Länder, zunehmend auch die EU, schaffen (und nehmen!) den (rechtlichen) Handlungsspielraum und die (finanzielle) Handlungskraft. Sie tragen eine hohe Verantwortung bei der Sicherung kommunaler Handlungsfähigkeit. In der vertikalen Aufgabenteilung unter ihnen kennt das Grundgesetz keine

Kompetenz des Bundes für eine „nationale Stadtpolitik“, sieht auch die erste Stufe der Föderalismusreform nichts dergleichen vor. Nationale Stadtpolitik ist eine „Politik des Trotzdem“. Sie findet nicht auf Claims statt, von denen der Bund Kompetenz-Konkurrenzen verjagen könnte, sondern sie besteht in der Orientierung aller Bundespolitik (auch) an den Belangen der Städte. Eine „Stadtverträglichkeitsprüfung“ für alle relevanten Entscheidungen hat Karl Ganser schon im November 1999 auf dem Nationalen Städtebaukongress in Berlin gefordert und dabei sicher nicht die regulierte, formalisierte Form der Umweltverträglichkeitsprüfung im Blick gehabt.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Hoffnung weckendes Signal, dass das „Bauministerium“ des Bundes seit Beginn der Legislaturperiode „Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ (statt „Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen“) heißt. Die durch die Föderalismusreform ausgedünnten wohnungspolitischen Kompetenzen erhalten mehr als Ersatz: eine programmatische Fortentwicklung. Dass der Oberbürgermeister einer Oststadt das Amt übernimmt und wie er die Behördenleitung personell ergänzt hat, ist aus Städtensicht viel versprechend.

Handeln kann er zunächst „nur“ in seinen angestammten Kompetenzfeldern, aber das ist ja nicht wenig:

- Die Städtebauförderung, ein zentrales Element der Stadtpolitik, wird in ihren bewährten Programmen „Soziale Stadt“, „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ finanziell aufgestockt.
- Andere Förderprogramme im Umweltschutz/Energieeinsparung, im Denkmalschutz werden fortgeführt.
- Modellprojekte und Wettbewerbe stützen die Neuerfindung von Best Practices.
- Im Bauplanungsrecht soll die Innenentwicklung und die Steuerung von großflächigen Einzelhandelsprojekten erleichtert werden usw.

Hier ist nicht der Ort für eine programmatische fachpolitische Themenaufzählung. In den „Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung“ (2005) finden sich weitere konkrete Ansatzpunkte. Minister und Staatssekretäre haben dazu auf verschiedenen Kongressen, so auf dem eingangs erwähnten, Stellung bezogen.



Prof. Dr. Heinrich Mäding

Was noch? Mir schweben drei Stufen der weitergehenden Programmentwicklung und -integration vor:

1. Sicherlich gibt es im BMVBS weitere Möglichkeiten zur besseren Abstimmung von verkehrspolitischen und stadtpolitischen Zielen und Maßnahmen. So wie in der Fernstraßenplanung die Politik pro Ortsumgehungen die städtische Lebensqualität wesentlich verbessert hat, müssen heute neue Potenziale erschlossen werden. Dabei treten Aspekte der Planung, Steuerung und Lenkung des städtischen Verkehrs, also betriebliche Fragestellungen vermehrt neben die klassischen investiven.

Eine angemessene Qualität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist eine unverzichtbare Voraussetzung zur Lösung städtischer Verkehrsprobleme. Im Akteursdreieck zwischen Kommunen (Aufgabenträger), Verkehrsunternehmen und Genehmigungsbehörden sollten die Kommunen gestärkt werden. Sie sind politisch verantwortlich für die Definition des öffentlichen Interesses und damit für das zentrale Instrument, den Nahverkehrsplan. Die Fortentwicklung der staatlich erteilten Konzession zum ausgehandelten Vertrag (mit Qualitätsstandards und -überprüfung) setzt Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes voraus.

2. Der Schwerpunkt sollte aber auf der Regierungsebene liegen und hier vor allem bei der Beeinflussung solcher Themen, die über die Ressortzuständigkeit regelmäßig als „finanzpolitisch“ klassifiziert werden, obwohl sie über die Effekte genauso gut als raumordnungs- und stadtpolitisch einzustufen wären.

Mit einer Kritik der Entfernungspauschale habe ich vor sechs Jahren die Rubrik „Standpunkt“ eröffnet (Difu-Berichte, Heft 4/2000), eine Kritik der Eigenheimzulage hätte ähnliche Wirkungsketten thematisieren können. Finanzpolitische Entscheidungen werden nur unzureichend auf die Stadtkonsequenzen geprüft und daher schief bewertet.

Nur mit Mühe gelang es, im Kontext der sogenannten Gemeindefinanzreform (2003) eine Ersetzung der Gewerbesteuer durch einen Einkommensteuerzuschlag zu verhindern, ein Schritt, der drastische Umverteilungen der Steuereinnahmen zulasten der Städte gebracht hätte.

Unter der Überschrift Unternehmenssteuerreform steht das Problem im neuen Kostüm auf der politischen Bühne. Die methodischen Vorkehrungen, die damals erstritten wurden, also z. B. die Wirkungsabschätzung für Gemeindetypen, müssen

unbedingt auch hier vor jeder Entscheidung durchlaufen werden. Das verstehe ich unter „Stadtverträglichkeitsprüfung“.

Auch die politischen Dauerfragen einer „richtigen“ Aufgabenverteilung, einer substanziellen kommunalen Selbstverwaltung und einer aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Städte sind ein Herzstück nationaler Stadtpolitik. Dazu sollten Beteiligungsrechte der Kommunen erweitert werden. Ihre bloße Anhörung auf einer Ebene mit einem Dutzend Wirtschaftsverbänden oder Umweltgruppen ist unwürdig. Mit der sektoralen Parzellierung der Debatten (allein die Unterkunfts-kosten bei Hartz IV bewegen Milliarden) werden ohnehin die Chancen für eine klare Linie immer geringer.

3. Abschließend zur EU, in der Deutschland im ersten Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft innehat und auch der „Stadtentwicklungsminister“ seine Fachministerkonferenzen zu organisieren und moderieren hat. Prozedural ist es ein Fortschritt, dass hierzu wissenschaftliche Einrichtungen – in Abstimmung mit dem Ressort – Basispapiere erstellen. (Könnte das nicht die Regel werden, damit „nationale Stadtpolitik“ im breiten Dialog mit den Erkenntnissen der von ihr geförderten wissenschaftlichen Einrichtungen ihre Konzepte schärft?) Inhaltlich wird es unter anderem darauf ankommen, dass bei allem Perspektivenwandel hinunter zum Stadtteil als Sozialraum und hinauf zu den Metropolregionen als Handlungsallianzen im globalisierten Wettbewerb die „normale“ Stadt nicht aus dem Blick gerät. Es wird darauf ankommen, das europäische Vergaberecht so zu novellieren, dass die regionale Kooperation der Städte und Gemeinden nicht länger erschwert wird und diese gerade bei rückläufiger Bevölkerung in die Privatisierung getrieben werden, um Daseinsvorsorge effizient betreiben zu können. Schließlich ist zu wünschen, dass von diesen Ministerkonferenzen ein kräftiges Signal ausgeht, dass Europa nicht nur für seine Landwirte, sondern auch für seine Stadtbürger da ist. Das Thema Stadt darf in Europa nicht heruntergespielt werden, nur weil man Brüsseler Kompetenzanmaßung fürchtet.

Wenn man das Wozu nationaler Stadtpolitik so oder ähnlich versteht, dann bedarf es auch einer administrativen Umorientierung im zuständigen Ministerium, zum Beispiel in Richtung auf eigene Referate, die „Stadtverträglichkeitsprüfungen“ gewährleisten, und eines Selbstverständnisses bis hinunter zum Referenten, das einen kräftigen Willen zur konstruktiven Einmischung zeigt.

Tipp zum Weiterlesen

- Hans Pohle, „Neue Orientierungen nationaler Stadtpolitik“, ARL-Nachrichten 2/2006, S. 42-44
<http://www.arl-net.de/nachrichten>
oder
<http://www.arl-net.de/veranst/resum07.shtml>

Prof. Dr. Heinrich Mäding
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: maeding@difu.de

Für eine Stadtpolitik in Deutschland

Gibt es in Deutschland eine Stadtpolitik?

- Nirgendwo in der Welt ist die städtische Lebensform so prägend wie in Deutschland und Europa.
- 80 Prozent der Deutschen leben in städtischen Räumen.
- Und hier dominiert das Leben in den Mittel- und Kleinstädten.
- Aber warum gibt es in Deutschland trotzdem keine Stadtpolitik?
- Wir haben Landwirtschaftsminister oder Minister für den ländlichen Raum, aber keine Stadtminister.
- Weil unsere Gesellschaft lieber die Fachbereiche – Landwirtschaft, Betriebe, Energie, Wohnungswesen, Städtebauförderung usw. – politisch begleitet und fördert?
- Statt städtische Strukturen, die doch unser zentraler Lebensraum sind.

Das ist bei vielen unserer Nachbarn anders!

- Frankreich – Niederlande – und eine nationale Städtepolitik gibt es auch in Großbritannien – oder in den skandinavischen Staaten.
- Selbst bei der EU – in der Strukturpolitik und in der Umweltpolitik.
- Und sogar die föderale Schweiz hat eine schweizerische „Agglomerationspolitik.“

Warum eine nationale Stadtpolitik?

- Die Programmanforderungen werden immer komplexer.
- Die öffentliche Hand fördert nach wie vor primär nach sektoralen Zielen – „Ressortprinzip“.
- Nach Problemlagen (Soziales, Wohnungsverorgung, öffentliche Infrastruktur, Wirtschaftszweige) – so wie seit dem 19. Jahrhundert.
- Und das muss über die Ressortgrenzen hinweg gedacht und gebündelt werden.

- Die komplexen Probleme des Bevölkerungsrückgangs, des Strukturbruchs und der sozialen Brennpunkte verlangen andere Programmstrukturen.
- Sie müssen komplex sein, sie müssen sich sehr unterschiedlichen Zielen anpassen, sie müssen problemorientiert und nicht ressortorientiert sein.
- Sie müssen offen sein für gesellschaftliche oder privatwirtschaftliche Partner.
- Stadtumbau als die größte Herausforderung der Zukunft kann nur bei einem fach- und ressortübergreifenden Ansatz erfolgreich sein.
- Die knappen Ressourcen bündeln und Treffsicherheit anstreben.

Und man muss Schwerpunkte setzen

- Die Gießkanne ist politisch bequem.
- Aber sie verschärft letztlich nur die Strukturprobleme, aber sie löst sie nicht im Kern.
- Nach wie vor ist das Problem in der Stadtpolitik vielfach gar nicht der Mangel an öffentlichen Finanzhilfen.
- Sondern ihr gezielter, also intelligenter und ökonomischer Einsatz.
- Bündelung der Mittel ist die Aufgabe.

Eine neue Stadtpolitik

- Für die großen, die mittleren und die kleineren Städte.
- Leitbilder fördern.
- Wettbewerb der Städte und Regionen fördern.
- Historisches Erbe als bleibende Orientierung.
- Formulierung der staatlichen Ziele für die Entwicklung des deutschen Städtesystems.
- Und für die Stadt der Zukunft.

Quelle:

„Diskurs kommunal 2006. Der Stadt Bestes finden. Wer rettet unsere Städte jetzt?“

Stellungnahmen aus Politik, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden

Hrsg. v. Henning Walcha 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. ISBN 3-937731-87-3

Prof. Dr. Michael Krautzberger
Ministerialdirektor a. D.
E-Mail:
mk@krautzberger-online.de
<http://www.krautzberger-online.de/>



Foto: Wolf-Christian Strauss

Brennpunkt Stadt

Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt,
politische Einheit

Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag

Welche Folgen hat der demographische Wandel für die Städte? Sind die kommunalen Finanzen überhaupt reformierbar? Zwingt die „Globalisierung“ die deutschen Städte nicht in einen immer schärferen Wettbewerb auch untereinander? Dies sind nur drei der vielen in der Difu-Sonderpublikation von Experten aufgegriffenen Fragen, die sich in den Themenfeldern (Kommunal-)Politik und (Kommunal-)Verwaltung, Stadtentwicklung und Recht, Wirtschaft und Finanzen, Umwelt und Verkehr, Stadtgeschichte und Kultur stellen.

Auf mehr als 600 Seiten dargestellt, analysiert und in ihren Folgen bewertet werden historische Entwicklungen sowie heute und künftig auf die deutschen Städte wirkende Trends mit ihren Herausforderungen für Stadtplanung und Stadtpolitik, ihren Chancen und Risiken für die Menschen. Politische Steuerung, Siedlungsentwicklung und finanzielle Handlungsmöglichkeiten stehen dabei gleichermaßen auf dem Prüfstand.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) publiziert diesen umfangreichen Sammelband zu Ehren seines langjährigen Institutsleiters Prof. Dr. Heinrich Mäding, der mit Vollendung des 65. Lebensjahres aus seinem Amt ausscheidet und am 1. Oktober 2006 in den Ruhestand wechselt.

Niemand hat das Difu so lange geleitet – von 1. April 1992 bis 30. September 2006 – und so intensiv geprägt wie Heinrich Mäding. Unter seiner Leitung waren diese 14 Jahre für das Institut eine sehr erfolgreiche Zeit, die auch geprägt war von den Auswirkungen der deutschen „Wiedervereinigung“, der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union sowie der wachsenden kommunalen Finanznot, die die deutschen Städte und damit auch deren Forschungsinstitut tiefgreifend berührten. Das heute von Wissenschaft wie kommunaler Praxis, von Bundes- und Landesministerien, im Inland wie im Ausland gleichermaßen geschätzte unverwechselbare wissenschaftliche und thematische Profil des Difu ist wesentlich auf sein Wirken zurückzuführen.

„Brennpunkt Stadt“: Dieses „Leitmotiv“ gilt indes nicht nur für den Sammelband, es

kann für Heinrich Mädings Lebenswerk insgesamt gelten. Dies verdeutlichen auch die Beiträge der Autorinnen und Autoren, die Heinrich Mäding in vielfältiger Weise verbunden sind: als „Weggefährte“ oder „Kollegin“, als „Lehrer“/„Doktorvater“ oder „Schüler“/„Doktorand“, aus Forschungseinrichtungen und Ministerien, Städten und Ländern, DST und Difu. Sie sind Ausdruck der Zuneigung und Dankbarkeit, des Respekts und der Anerkennung für eine außergewöhnliche berufliche Lebensleistung. In den unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen und den vielfältigen Darstellungsweisen spiegelt sich das breite Spektrum der wissenschaftlichen Arbeit von Heinrich Mäding und „seinem“ Institut, mit dem alle Autoren auf die eine oder andere Weise in Berührung gekommen sind.

Dem Präsidenten des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von München, Christian Ude, ist zuzustimmen, wenn er in seinem Grußwort zur Festschrift, Heinrich Mädings Worte aufgreifend, das Deutsche Institut für Urbanistik von „Kontinuität und Innovation“ geprägt sieht. Das inhaltliche Profil des von Hans-Jochen Vogel 1971 initiierten Instituts war von den Institutsleitern Wolfgang Haus (1973 bis 1978), Erika Spiegel (1978 bis 1981) und Dieter Sauberzweig (1981 bis 1991) nach und nach entwickelt worden. Hier knüpfte Heinrich Mäding ab 1992 an und setzte eigene Akzente. Er nutzte seine wissenschaftlichen Kompetenzen, Kontakte und Erfahrungen in Volkswirtschaftslehre und Verwaltungswissenschaft, um sich und dem Difu (auch) auf Gebieten wie Kommunalfinanzen, Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsreform einen Namen zu machen. Besonderes Interesse brachte er über viele Jahre der Zersiedlung und Suburbanisierung deutscher Städte entgegen, einem Thema, dessen sich das Ladenburger Kolleg „Mitten am Rand: Zwischenstadt – Zur Qualifizierung der verstäderten Landschaft“ unter seiner maßgeblichen Mitwirkung engagiert annahm. Seine wissenschaftliche Beschäftigung mit regionalpolitischen Fragen fand ihre Anerkennung unter anderem dadurch, dass er, wie schon 1999/2000, auch 2005/2006 zum Vizepräsidenten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) gewählt wurde.



Einen Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeiten bis in die jüngste Zeit hinein bilden der demographische Wandel und dessen Folgen – Risiken wie Chancen – für Stadtplanung, Regionalentwicklung und Kommunal Finanzen, aber auch für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Dieses Thema hatte Heinrich Mäding bereits vor vielen Jahren aufgegriffen, als es noch nicht beinahe täglich in den Medien und auf Kongressen behandelt wurde.

Dem angemessen liegt einer der Akzente der Festschrift auf dem demographischen Wandel. Dass die mit diesem verbundenen Herausforderungen für die Städte – einige wichtige Stichworte: „Bevölkerungsrückgang“, „Alterung“, „Heterogenisierung“, „Vereinzelung“ – nicht nur Gegenstand wissenschaftlicher Debatten sind, sondern mittlerweile auf vielfältige Weise in städtische Politik und Planung einfließen, machen die Ausführungen gleich zweier Stadtspitzen deutlich, des Oberbürgermeisters von Hannover und der Oberbürgermeisterin von Heidelberg.

Alle Beiträge in dem Band – ob zu weiteren „großen“ Themen wie Kommunal Finanzen, Urban Governance, Mobilität/Verkehr, Umwelt oder zu „kleinen“ wie Städterankings,

Denkmalschutz, Stadtvisionen – verstehen sich als Input zu einem Diskurs über das Städtische, das Räumliche, das Kommunale, an dem Heinrich Mäding auf vielfältige Weise, in Form von Vorträgen, Begegnungen und Texten, teilhatte und teilhat. Letzteres bezeugt auch die der Festschrift vorangestellte Bibliographie von weit über 100 Veröffentlichungen Heinrich Mädings in Monographien, Sammelbänden, Zeitschriften und Handwörterbüchern. Seine Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte strukturiert und didaktisch geschickt aufzubereiten, ließen seine Argumentationen stets nachvollziehbar und seine inhaltlichen Positionen überzeugend erscheinen. Der Sache der Städte hat er dadurch und durch seine zahlreichen Vorträge vor Landes- und Bundesministerien, auf nationalen und internationalen Tagungen, aber auch vor Stadtverwaltungen und kommunalpolitischen Gremien große Dienste geleistet.

Die Zusammenschau der Einzelperspektiven und Handlungsfelder in dieser Festschrift lässt über die Themenbereiche hinweg ein facettenreiches Bild von Stadt aufscheinen – in einer Bedeutungs-Trias, wie sie Heinrich Mäding, so oder in ähnlicher Formulierung, gerne apostrophiert(e): Stadt als politisches Gemeinwesen, als gebaute Umwelt, als Lebens- und Wirtschaftsraum.

Vita Heinrich Mäding

Werdegang und berufliche Stationen:

geboren 1941 in Zwickau, aufgewachsen in Pirna (bis 1950), dann in Köln, dort Abitur (1961), studierte Wirtschaftswissenschaften und Soziologie in Köln, Kiel und Freiburg (1962–1967), Diplomvolkswirt, arbeitete als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Freiburg und als Mitarbeiter im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (1970–1972), promovierte (1971) und habilitierte (1977) an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, Titel der Habilitationsschrift „Infrastrukturplanung im Verkehrs- und Bildungssektor. Eine vergleichende Untersuchung zum gesamtstaatlichen Planungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland“; lehrte Kommunal- und Regionalpolitik, öffentliche Finanzen und Infrastrukturpolitik an der Fakultät für Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz (1979–1992) und leitete bis zum 30. September 2006 das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin, das interdisziplinäre Forschungs-, Fortbildungs- und Dienstleistungsinstitut der deutschen Städte.

Forschungsschwerpunkte:

Stadtentwicklung, u.a. Demographische Trends, Stadtpolitik, Kommunal Finanzen, Kommunalverwaltung, Regionalentwicklung, Regionalpolitik.

Weitere Funktionen:

Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften, Kuratorium der Freiherr vom Stein-Gesellschaft, Kuratorium des Instituts für Kommunalwissenschaft der Universität Potsdam, Mitherausgeber „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften“, Mitherausgeber „European Journal of Spatial Development“ u.a.m.

Brennpunkt Stadt

Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt,
politische Einheit

– Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag –

Sonderveröffentlichung, hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)

Bestellung:
siehe Bestellschein



mit Beiträgen von

S. Articus, R. Baumheier, Klaus J. Beckmann, J. Blatter/R. Scherer, K. Borchard, A. Bunzel, T. Bracher, T. Dams, J. Friedrichs, A. Göschel, B. Grabow, D. Grunow, H. Häußermann, U. Hatzfeld, D. Henckel, W. Heinz, M. Hesse, H. Hill, K.-D. Keim, M. Krautzberger, R.-P. Löhr, J. Lorenz, C. Reichard, M. Reidenbach, M. Röber, P. Runkel/A. Röding, R. Sander, H. Schmalstieg, G. Schmidt-Eichstaedt, T. Sieverts, E. Spiegel, W. Strubelt, C. Thalgott, C. Thies, C. Ude, B. Weber, K. Wolf, H. Wollmann, J. Zieger, H. Zimmermann, P. Zlonicky

Mit einer ausführlichen Bibliographie der Veröffentlichungen Heinrich Mädings.

2006, 616 Seiten, Euro 48,-

ISBN-10: 3-88118-426-0

ISBN-13: 978-3-88118-426-7

Deutsches Institut für Urbanistik hat neuen Institutsleiter

Professor Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann tritt am 1. Oktober 2006 die Nachfolge von Professor Dr. Heinrich Mäding an. Der derzeitige Leiter des Instituts für Stadtbauwesen und Stadtverkehr sowie Inhaber des gleichnamigen Lehrstuhls der RWTH Aachen, Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, übernimmt ab 1. Oktober 2006 die Leitung des Difu.

Die Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (Träger des Difu) wählte in ihrer Sitzung am 27. Juli 2006 einstimmig Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann zum neuen Leiter des Difu. Sie folgte damit den Voten einer Findungskommission sowie des Präsidiums des DST.

Beckmann wurde 1948 in Plauen im Vogtland geboren und wuchs nach der Flucht in Ostwestfalen-Lippe auf. Er studierte Bauingenieurwesen an der Technischen Univer-

sität Braunschweig und promovierte dort 1983 zum Dr.-Ing. Nach einer Referendarzeit für den Höheren Bautechnischen Verwaltungsdienst erhielt er 1985 einen Ruf an die Universität Karlsruhe für das Lehr- und Forschungsgebiet „Kommunale Infrastrukturplanung“. 1990 wurde er zum Technischen Beigeordneten („Stadtbaurat“) der Stadt Braunschweig gewählt. Seit 1996 leitet er das Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr. Dem Deutschen Institut für Urbanistik ist Prof. Dr. Klaus J. Beckmann seit 2000 als Mitglied des Institutsausschusses verbunden. Er ist seit 1998 Mitglied und seit 2000 Vorsitzender des Beirates für Raumordnung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie seit 1997 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates für Verkehr des gleichen Ministeriums.



Strategische Entscheidungshilfe

Transformation netzgebundener Infrastruktur – Strategien für Kommunen am Beispiel Wasser

Forschungsverbund netWORKS entwickelt eine strategische Entscheidungshilfe im Umgang mit netzgebundenen Infrastruktursystemen

Gegenwärtig befinden sich die netzgebundenen Infrastruktursysteme in einem dynamischen Prozess der Transformation, ohne dass die Folgen und Ergebnisse dieses Veränderungsprozesses bereits endgültig vorhersehbar sind. Dies gilt auch für den Bereich der Wasserver- und -entsorgung. Sinkender Wasserverbrauch und neue technische Optionen werfen Fragen hinsichtlich eines notwendigen Umbaus der bestehenden technischen Strukturen auf. Zugleich verändern sich die politischen Rahmensetzungen, wobei über den Ordnungsrahmen der Wasserwirtschaft zunehmend auf europäischer Ebene entschieden wird. Hinzu kommt, dass sich die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Aufgaben zunehmend auf die Organisation und Struktur der Ver- und Entsorgungswirtschaft auswirken.

Die Veränderungen treffen insbesondere die Kommunen als diejenigen, die traditionell und als Grundlage und Ausdruck ihrer Selbstverwaltung die öffentliche Versorgung sicherstellen. Vor dem Hintergrund teilweise tief greifender Veränderungen müssen sich kommunale Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung mit grundsätzlichen strategischen Fragen zur Sicherstellung einer ausreichenden und angemessenen Ver- und Entsorgung befassen.

- Zum einen im Hinblick auf die geeignete Organisationsform: Welche Strategie sollte gewählt werden, um die Ver- und Entsorgung auch künftig sicherzustellen? Ist es auf Dauer vertretbar, wenn eine Kommune ihre Wasserversorgung privatisiert? Welche Chancen bieten alternative Formen der regionalen Kooperation? Ist es nicht besser, auch in Zukunft die Leistungen der so genannten Daseinsvorsorge über eigene Unternehmen erbringen zu lassen?
- Zum anderen drehen sich die Fragen um die Nachhaltigkeit des Ver- und Entsorgungssystems: Wie kann langfristig die Bereitstellung von Wasserversorgungsdienstleistungen so gewährleistet werden, dass

Qualität und Sicherheit der Versorgung sowie der universelle Zugang gewährleistet sind, dass die Preise unter sozialen Gesichtspunkten angemessen sind und die für die Nutzung dieser Dienstleistung notwendigen Systemkosten decken, dabei den Betreibern der Einrichtungen Anreize geben, in die Funktionsfähigkeit der Systeme zu investieren? Wie kann das System so offen gestaltet werden, dass es in der Lage ist, sich flexibel an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Schließlich: Wie sind die möglichen Alternativen aus der Perspektive eines nachhaltigen Infrastrukturmanagements zu bewerten?

Kurz gesagt: Wie kann die kommunale Dienstleistungsqualität auch unter veränderten Rahmenbedingungen sichergestellt und weiterentwickelt werden?

Kommunale Strategien in Hinblick auf Versorgungsdienstleistungen

Die Entscheidung für eine bestimmte Strategie im Umgang mit kommunalen Versorgungsdienstleistungen wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst: von den – zuweilen gegensätzlichen – Interessen unterschiedlichster Akteure in Rat, Verwaltung und Bürgerschaft, von den Strategien der Versorgungsunternehmen, von den Vorgaben und Empfehlungen übergeordneter Regulierungsebenen und nicht zuletzt vom Stellenwert, den die Wasserversorgung im Bewusstsein der lokalen Bevölkerung einnimmt. In den seltensten Fällen handelt es sich folglich um eine eindeutige Situation, in der sich die Verantwortlichen für die – im Lichte aller vorliegenden Informationen – objektiv vernünftigste Lösung entscheiden. Eher dürfte die Entscheidungsfindung durch Verhandlungen, die Suche nach einem Ausgleich zwischen politischen Interessen und die Mobilisierung von Unterstützung für einen kompromissfähigen Lösungsweg gekennzeichnet sein.

Mögliche Strategien können von den zur Verfügung stehenden Organisationsformen kommunaler Aufgabenwahrnehmung her entwickelt werden. Dies kann vor dem Hintergrund von Art. 28 Abs. 2 GG als Grundlage und Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung geschehen, wonach Städte und Gemeinden eine grundsätzliche Wahl- und Gestaltungsfreiheit bei der Wahrneh-



mung und Ausgestaltung ihrer Aufgaben besitzen, so auch von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge. Im Rahmen der Strategiebildung sind Organisationsformen dann zugleich Instrumente, mit denen verschiedene Strategien in der Wasserversorgung verfolgt werden können. Dies ist allerdings nur ein möglicher Zugang zur Strategiebildung. Ebenso wäre es denkbar, Strategien vor dem Hintergrund spezifischer Problemkontexte zum Beispiel auf der Netz- oder Ressourcenebene zu entwickeln, also etwa Strategien für eine Ergänzung zentraler um semi-zentrale technische Systeme oder Strategien zu Veränderungen in der Ressourcenherkunft (Fern- bzw. Nahversorgung). Denn für die Problemlage vor Ort kann zum Beispiel der Netzzustand, die Ressourcensituation oder die demographische Entwicklung zunächst viel bedeutsamer sein, als die Organisation der Ver- und Entsorgung. Die Strategie muss angepasste Lösungen für die Problemlage vor Ort geben. So kann beispielsweise ein integrierter Stadtbau als Antwort auf den demographischen Wandel, bei dem Stadttechnik und Städtebau konzeptionell gemeinsam gefasst werden, unter Umständen mit dem eigenen kommunalen Unternehmen leichter zu bewerkstelligen sein, als mit einem externen Versorger. Umgekehrt kann die Problemlage aber auch Konsequenzen für die Organisationsform haben. Dies wäre der Fall, wenn etwa die Finanzlage der Kommune einen Teilverkauf des Versorgungsunternehmens nahe legt.

Vier grundlegende Strategien bzw. Organisationsformen lassen sich identifizieren. Es handelt sich um

1. die Stärkung und Zukunftssicherung kommunaler Wasserdienstleistungen in der Eigenerstellung über einen Eigenbetrieb oder eine sich zu 100 Prozent im kommunalen Besitz befindliche Eigengesellschaft,
2. die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in einer Kooperationsgesellschaft als gemischt-wirtschaftliches Unternehmen (so genannte institutionelle Public Private Partnership PPP oder Teilprivatisierung),
3. den Einkauf von Wasserdienstleistungen von Privaten (als so genannte vertragliche PPP) bzw. den vollständigen Verkauf kommunaler Unternehmen an Private (Fremderstellung) sowie um
4. die regionale bzw. interkommunale Kooperation zur Stärkung kommunaler (Wasserversorgungs-)Dienstleistungen.

Die prinzipielle Freiheit der Kommunen bei der Strategiewahl unterliegt jedoch zahlreichen rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen, die mit Blick auf künftige stra-

tegische Gestaltungsspielräume sorgfältig mit in Betracht gezogen werden müssen.

An erster Stelle steht die Frage nach dem Typ der kommunalen Selbstverwaltungsaufgabe. Je nachdem, ob es sich um eine freiwillige oder pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe handelt oder ob es sich im übertragenen Wirkungskreis um eine kommunale Pflichtaufgabe nach Weisung und Auftragsangelegenheiten handelt, stehen bestimmte Optionen zur Verfügung oder sind rechtlich gerade nicht zulässig. So ist insbesondere bei kommunalen Pflichtaufgaben eben auch eine Verpflichtung der Kommune zur Steuerung und Kontrolle der Aufgabe (Ingerenzpflicht) zu beachten. Hier wird also z.B. der Kontrollbedarf der Kommune höher sein als bei freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben.

Die zweite bedeutsame juristische Rahmenbedingung ist das Wettbewerbs- und Vergaberecht. Durch die aktuelle Rechtsauslegung auf europäischer aber auch auf nationaler Ebene wird die oben genannte Wahlfreiheit mehr und mehr begrenzt. Insbesondere durch die Einschränkung der so genannten Inhouse-Vergabe ist den Kommunen faktisch die Wahlfreiheit der Aufgabenwahrnehmung in vielen existierenden Organisationsformen einer gemischt öffentlich-privaten Aufgabenwahrnehmung genommen.

Neben diesen juristischen hängt die Wahl einer Strategie auch von verschiedenen materiellen Rahmenbedingungen ab. Diese werden maßgeblich definiert durch einerseits die Qualität und Verfügbarkeit ökologischer, ökonomischer und institutionell-organisatorischer Ressourcen sowie andererseits den Problemdruck, der mit diesen Ressourcen verbunden ist. Das lokal verfügbare Wasserangebot wäre solch eine ökologische, die Situation des Kommunalhaushaltes oder die Fixkosten des Versorgungssystems eine ökonomische und die Größe und fachliche Kompetenz der Verwaltung eine institutionelle Rahmenbedingung.

Hinzu kommt, dass sich die Strategien grundsätzlich in der Zahl der beteiligten Akteure unterscheiden. Während im Fall der Eigenerstellung die Kommune mit eigenen Verwaltungs- oder auch ausgelagerten Einheiten agiert und hier Abstimmungsprozesse innerhalb und zwischen der Kommunalverwaltung und dem Rat sowie ggf. dem kommunalen Unternehmen zu beachten sind, zeichnen sich die drei anderen Strategien gerade durch die Aufnahme eines oder mehrerer Dritter aus. In der Strategie (regionaler) interkommunaler Kooperationen hat es die Kommune mit einer, wenn nicht mehreren ande-

ren Kommunen oder kommunalen Einrichtungen zu tun, in der Strategie der Leistungserbringung in einer gemischt-wirtschaftlichen Kooperationsgesellschaft sowie in der Strategie der Fremderstellung tritt die Kommune in eine Beziehung zu einem privaten Dritten.

Entscheidungshilfe zur integrierten Strategiebildung

Die neue Difu-Veröffentlichung soll kommunalen Entscheidungsträgern eine Unterstützung für die strategische Entscheidungsfindung im Umgang mit netzgebundenen Infrastruktursystemen geben. Als strategische Entscheidungshilfe zielt sie direkt auf die Stärkung kommunaler Kompetenzen.

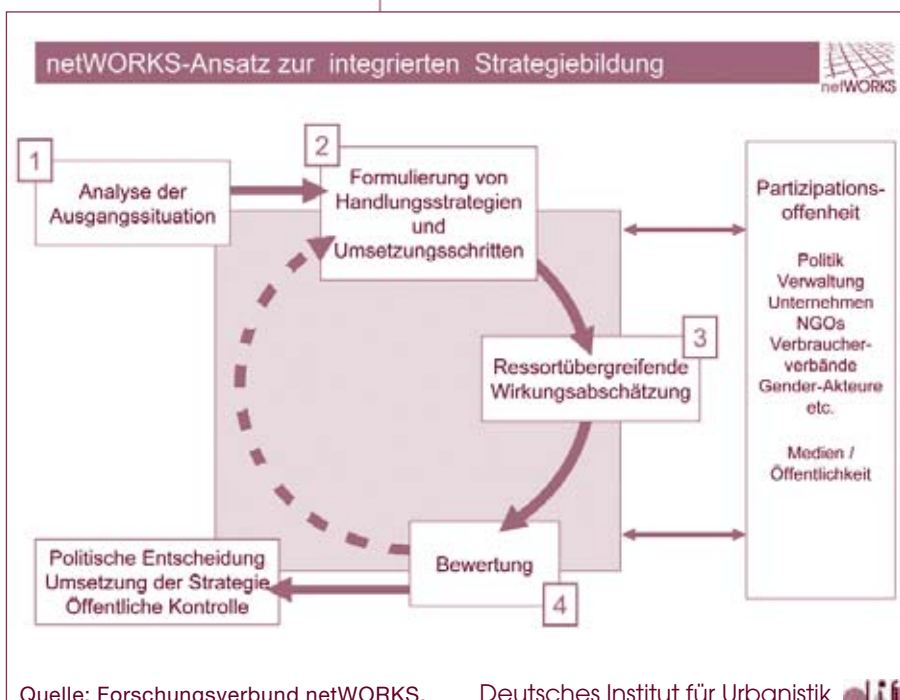
Die Herausgeber gehen davon aus, dass den Kommunen auch künftig eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung innovativer und nachhaltiger Infrastruktursysteme zukommen wird und muss. Dies nicht zuletzt trotz, sondern aufgrund der sich zunehmend ausdifferenzierenden Formen der Leistungserbringung. Die im Zuge der Verwaltungsmodernisierung zu beobachtende Ökonomisierung der kommunalen Selbstverwaltung und damit verbunden die zunehmende Ausgliederung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben machen es notwendig, geeignete Verfahren und Instrumente anzuwenden, die die Einflussnahme der legitimierten öffentlichen Entscheidungsträger absichern und qualifizieren. Doch nicht nur das: der vielerorts anstehende Umbau vorhandener Systeme und die Komplexität der anstehenden Aufgaben erfordert nach Auffassung des Forschungsverbundes netWORKS neue Formen einer

integrierten Entscheidungsfindung unter Einbindung aller relevanten „Stakeholder“.

Die Forschungsgruppe hat hierfür eigens einen Ansatz zur integrierten Strategiebildung entwickelt. Dieser soll insbesondere Kommunalpolitikern und Dezernenten sowie Amtsleitern eine Entscheidungsunterstützung geben und es ihnen ermöglichen, die Handlungsfolgen bestimmter Entscheidungen frühzeitig zu erkennen und zu bewerten. Insofern wird mit dem vorliegenden Buch die derzeit vorherrschende klassische Beratungspraxis verlassen, da der Zugang der Problemlösung nicht aus der Perspektive einer Disziplin oder eines Verwaltungsressorts gesucht wird, sondern aus einer interdisziplinären und ressortübergreifenden Analyse heraus. Leitfragen der Entscheidungsfindung werden formuliert, Gestaltungspotenziale und -restriktionen deutlich gemacht, modellhaft die Wirkungen kommunaler Handlungsstrategien aufgezeigt und vor allem, ein ausführlicher Instrumentenkasten zum Infrastrukturmanagement entwickelt.

Die Kapitel des Buches sind didaktisch so konzipiert, dass sie jeweils auch gesondert gelesen werden können. Eine vollständige Lektüre ist also nicht zwingend, wenngleich für einen umfassenden Überblick sinnvoll. Das Kapitel A bildet die Grundlage aller weiteren Überlegungen. Dort wird zunächst eine Erläuterung der maßgeblichen Triebkräfte gegeben, die gegenwärtig zu grundlegenden Herausforderungen in netzgebundenen Infrastrukturen führen. Im Weiteren wird der vom Forschungsverbund entwickelte „netWORKS-Ansatz“ zur integrierten Strategiebildung erläutert. In einem dritten Teil folgt eine knappe Erläuterung zum Verständnis des Transformationsbegriffs.

Im Kapitel B werden die vier von der Forschungsgruppe identifizierten zentralen Strategien im Umgang mit Netzinfrastruktursystemen ausgezeichnet. Den Ausgangspunkt bilden dabei die zur Verfügung stehenden Organisationsformen kommunaler Aufgabenwahrnehmung, also die Strategien der Eigenherstellung, der Erbringung von Wasserdienstleistungen in einer Kooperationsgesellschaft, der Fremderstellung und der regionalen interkommunalen Kooperation. Außerdem werden exemplarisch zwei vom Forschungsverbund in einem interdisziplinären Prozess durchgespielte typische kommunale Entscheidungssituationen dokumentiert. Insofern zeigt Kapitel B am angewandten Fall, wie sich das netWORKS-Modell zur integrierten Strategiebildung praktisch anwenden lässt.



Im Kapitel C werden die den Strategien innewohnenden ökonomischen, ökologischen, rechtlichen, sozialen, kommunal- und regionalpolitischen Aspekte umfassend behandelt. Im Zentrum steht dabei die Frage, über welche Regulations- und Steuerungspotenziale die Kommunen in den jeweiligen Formen der Aufgabenwahrnehmung verfügen. Zudem werden die zentralen, strategieübergreifenden Bausteine einer integrierten Entscheidungsfindung erläutert. Last, but not least wird die Frage des stadttechnischen Transformationsmanagements unter den besonderen Bedingungen der Schrumpfung behandelt. Ausführlich diskutiert und bewertet werden Möglichkeiten der Ergänzung und des Ersatzes vorhandener technischer Systeme durch semi- und dezentrale Lösungen.

Das Schlusskapitel D fasst die zentralen Inhalte der einzelnen Kapitel für den schnellen Überblick zusammen.

Anders als bei wissenschaftlichen Publikationen üblich, wurde aus Gründen der Lesbarkeit auf umfassende Literaturverweise und Fußnotenapparate verzichtet. Nur wo dies unbedingt notwendig erschien, sind Quellen ausgewiesen. Stattdessen wird jeweils am Ende der einzelnen Kapitel auf weiterführende Literatur verwiesen. Ein mehrfarbiges Layout erleichtert den Lesern zudem die Orientierung.

Das Buch soll kommunale Entscheidungsträger ermutigen, sich ihrer Verantwortung der politischen Steuerung in den verschiedenen Formen der Aufgabenwahrnehmung zu stellen und dabei das strategische Ziel nachhaltiger Infrastruktursysteme in das Zentrum aller Überlegungen zu stellen. Gemeinwohlsicherung ist die Herausforderung. Dies ist insofern bedeutsam, als die Definition und Sicherung des örtlichen Gemeinwohls in Deutschland originäre Aufgabe der Kommunen ist und die kommunale Selbstverwaltung aus dieser Aufgabe ihre praktische Legitimation erfährt.

Weitere Informationen

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Der Forschungsverbund netWORKS wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ gefördert.
Laufzeit: 11/2002–03/2006

Bestellung:
siehe Bestellschein

Was ist eigentlich E-Government?

„E-Government“ wurde in Deutschland erst Ende der 1990er Jahre zum inzwischen viel verwendeten Schlagwort. Es gibt bisher keine einheitliche Definition für diesen Begriff. Durchgesetzt hat sich aber das Verständnis, wonach E-Government alle Aspekte des Regierens und Verwaltens (öffentliche Willensbildung, Entscheidungsfindung, Leistungserstellung und -erbringung, Partizipation) umfasst, sofern sie durch die Nutzung von Informations- und Kommunikations-Technologien unterstützt und verbessert werden können. Dieses Verständnis geht dabei weit über die häufig vorkommende Reduzierung von E-Government auf Online-Angebote in Stadtportalen hinaus, etwa die Bereitstellung von Formularen im Netz oder elektronisch verfügbare Genehmigungs- oder Buchungsverfahren. Auch Aspekte von „Good Governance“ sollten bei der Diskussion um kommunales E-Government berücksichtigt werden: Wie können im Zusammenwirken von Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft die elektronischen Medien und Technologien mit dazu beitragen, dass Gemeinwohlaufgaben künftig besser erfüllt werden können?

E-Government ist ein Querschnittsprojekt der öffentlichen Verwaltung. Es darf nicht als zweites umfassendes Modernisierungsprojekt neben der Verwaltungsreform verstanden werden. Vielmehr wird dieser Reform damit sozusagen eine zweite Chance gegeben. Es stehen die gleichen Themen auf der Tagesordnung: Leitbildorientierung, Hierarchieabbau, Transparenz, Kundenorientierung, „One-Stop-Government“ (z.B. Bürgerämter), usw. E-Government geht sogar noch einen Schritt weiter, indem aus der Kundenperspektive die inneren Prozesse in einem Maße umstrukturiert werden können und sollen, wie es bei der Verwaltungsreform kaum anstand.

Eine der wesentlichen aktuellen Erkenntnisse der Verwaltungswissenschaft zu E-Government ist, dass nicht die Technik oder die Anwendungen allein der Schlüssel für ein erfolgreiches E-Government sind. Ausschlaggebend ist vielmehr ein ganzes Bündel von Faktoren, bestehend aus organisatorischen Maßnahmen, strategischem Vorgehen, Qualifikation, Kommunikation, Ressourcensicherung und anderem mehr.

Kommunales E-Government – drei Schritte vor und einer zurück

E-Government steht derzeit an der Schwelle zur „Dritten Generation“



Ende der 90er Jahre beschränkte sich die Nutzung des Internet in den Kommunen in erster Linie darauf, Informationsangebote ins Netz zu stellen – nicht zufällig nannten sich die städtischen Seiten im Netz häufig „Stadtinformationssysteme“. Die damit beschriebene erste Generation des kommunalen E-Government wurde gleitend abgelöst durch die zweite Generation, in der die reinen Informationsangebote um Kommunikations- und Transaktionsangebote erweitert wurden: durch die Bereitstellung von Formularen im Netz, durch Beteiligungsmöglichkeiten über die kommunalen Portale – ein Terminus, der „Informationssysteme“ weitgehend abgelöst hat – oder die Möglichkeit elektronisch verfügbarer Interaktions- und Transaktionsangebote. Die Diffusionsgeschwindigkeit des E-Government der zweiten Generation ist sehr unterschiedlich; Vorreiterkommunen und -regionen, etwa aus den Modellprojekten *MEDIA@Komm* – sind weit vorangeschritten, andere Kommunen sind im Wesentlichen bei Informationsangeboten stehen geblieben.

In der dritten Phase des kommunalen E-Government beginnen Innovationen und Einzelösungen zu integrierten und konsolidierten Umsetzungskonzepten zusammenzuwachsen. In Ergänzung zur Definition der Initiative D21 ist die dritte Generation also nicht nur durch ein „höheres Level“ der Nutzung elektronischer Medien gekennzeichnet, sondern durch Integration auf verschiedenen Ebenen.

Jeder „Phasenübergang“ zwischen den Innovationswellen (den „Generationen“) ist eine Zeit wichtiger Weichenstellungen. Mit den gemachten Erfahrungen entstehen neue Fragen, neue Positionen und Erkenntnisse werden diskutiert, um für die nächste Phase gewappnet zu sein. Um die Diskussion über den Entwicklungsstand, die Entwicklungsperspektiven und die notwendigen Weichenstellungen gut begründet führen zu können, hat das Difu in Zusammenarbeit mit der KGSt eine aktuelle empirische Bestandsaufnahme vorgenommen. Der Anspruch war mehrerlei:

- Hohe Repräsentativität (z.B. haben sich mehr als zwei Drittel der größeren Städte und Gemeinden beteiligt),

- Orientierung an einem bewährten Analyserahmen („Erfolgsfaktoren“ aus der Begleitforschung *MEDIA@Komm*),
- methodische Präzision, indem jeweils gesonderte Werte für Gemeindegößenklassen ausgewiesen werden (in anderen Befragungen werden meist Durchschnittsangaben der antwortenden Städte und Gemeinden gemacht, was abhängig vom Verhältnis antwortender kleiner und großer Kommunen zu willkürlichen Ergebnisverzerrungen führt),
- thematische Breite und Tiefe (Themen sind u.a. Strategie/Ziele, Projektorganisation und -management, Umsetzungsstand E-Government-Angebote nach Zielgruppen und Komplexität, Signaturanwendungen, beispielhafte Lösungen, Wirtschaftlichkeitsrechnungen, finanzielle und personelle Voraussetzungen, Formen der Zusammenarbeit, Verknüpfung mit Verwaltungsmodernisierung, Prozessoptimierungen, Informiertheit, Informationsbedarfe, Bekanntheit und Nutzen von Pilotvorhaben), und
- kommunaler Konsens über die relevanten Fragen (Erstellung des Fragenkatalogs mit Unterstützung der KGSt und in Abstimmung mit den drei kommunalen Spitzenverbänden).

Durch die vorgegangenen Umfragen des Difu und Verwendungen teilweise identischer Fragestellungen sind Aussagen über Veränderungen im Zeitablauf möglich.

Von Januar bis März 2006 wurde eine Vollerhebung bei allen Städten und Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern vorgenommen und eine repräsentative Stichprobe bei Städten und Gemeinden unter 50 000 Einwohnern gezogen. Zudem wurden alle gut 230 Landkreise befragt, die Mitglied bei der KGSt sind.

Wichtige Ergebnisse im Überblick

- Die wichtigsten Ziele des kommunalen E-Government haben sich in den letzten Jahren leicht verschoben. Die Ausschöpfung von Spar- und Rationalisierungspotenzialen ist wichtiger, wenn auch nicht dominant geworden. Wie schon 2001

stehen für die Kommunen die Modernisierung von Politik und Verwaltung sowie die verbesserte Erreichbarkeit für „Kunden“ im Vordergrund.

- Bei den Online-Services sind die Kommunen speziell bei den Informations- und Kommunikationsangeboten oft schon weit fortgeschritten; Transaktionsangebote hängen im Vergleich dazu weit zurück.
- Erfreulich ist aber die Entwicklung des Problembewusstseins: die Kommunen haben mehrheitlich erkannt, dass Transaktionsangebote vor allem für die „Großkunden“ der Verwaltung, vor allem für Vielnutzer wie Dienstleister und Intermediäre, eine wichtige Rolle spielen.
- Neben der Fortentwicklung der Fachanwendungen und Online-Services ist ein wesentliches Ziel des kommunalen E-Government die insgesamt stärkere Durchdringung der Verwaltungstätigkeit mit IT (z.B. Dokumenten-, Workflowmanagement, GIS-Unterstützung, virtuelle Poststellen und die Nutzung elektronischer Signaturen) und damit der weitere Ausbau der Basisinfrastruktur für E-Government.
- Die dominierenden Technikthemen im kommunalen E-Government sind IT-Sicherheit, Datenschutz sowie die Standardisierung von Datenstrukturen (xÖV) und Prozessen. Zukünftig wichtige Themen sind Mobile Government (in erster Linie für Mitarbeiter) und vor allem die Breitbandkommunikation.
- Neue Organisationseinheiten für E-Government sind auf kommunaler Ebene bisher sehr selten zu finden. Stattdessen nennen Kommunen mehrheitlich Haupt- bzw. Organisationsämter und IT-Verantwortliche als zuständige Stelle sowohl für die Planung als auch für die Durchführung von E-Government-Projekten.
- Öffentlich-private Partnerschaften bei E-Government werden heute erst von rund einem Viertel aller Kommunen praktiziert. Die meisten dieser Partnerschaften werden etabliert, um die Entwicklung von Online-Services voranzutreiben.
- Weiterhin bestätigt sich das schon früher gezeigte Ergebnis, dass man dort, wo die Stadt- oder Kreisspitze für E-Government persönliche Verantwortung übernimmt („Chefsache“), deutlich weiter vorangeschritten ist als in anderen Kommunen.
- Eines der wichtigsten Ergebnisse für die Weiterentwicklung von E-Government im föderalen System ist die starke Befürwortung einer Zentralisierung von Verfahren und Datenbeständen und damit einer veränderten Interpretation der kommunalen Selbstverwaltung.

Kritische Defizite

- Kommunales E-Government ist zunehmend, aber immer noch zu selten, strategisch angelegt, d.h. es fehlen oft Masterpläne oder andere mittel- bis langfristig angelegte Konzepte.
- Ein großes Defizit ist nach wie vor die wirkliche Optimierung und Neugestaltung von Prozessen (GPO). Stattdessen wird IT vielfach eingesetzt, um die bestehenden, oft suboptimalen Prozesse 1:1 abzubilden. Im Vergleich zu 2001 sind hier kaum Fortschritte erkennbar.
- Kosten-/Nutzenanalysen oder regelmäßige Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden nur von wenigen der deutschen Kreise, Städte und Gemeinden vorgenommen.
- Das Marketing für die E-Government-Anwendungen – „Tu Gutes und rede drüber“ – ist in kleineren Kommunen noch selten, ebenfalls werden noch zu selten Nutzungsanreize gewährt.
- E-Democracy spielt in den Überlegungen der Kommunen eine immer geringere Rolle. Von einem „Balanced E-Government“ (Bertelsmann Stiftung), also einer ausgewogenen Entwicklung von E-Administration und E-Participation ist man noch weit entfernt.

Die Umfrage zeigt, dass es trotz noch vorhandener Defizite eine ganze Anzahl guter Beispiele gibt. Ausgewählte davon sind mit ihrem jeweils spezifischen E-Government-Profil in der Studie benannt. Es wird offensichtlich, dass Großstädte zwar erheblich größere Potenziale besitzen, dass aber auch in kleinen Städten und Gemeinden sowie Kreisen teilweise deutliche Fortschritte erzielt worden sind.

Dennoch machen die Ergebnisse der Befragung deutlich, dass entscheidende Weichenstellungen im kommunalen E-Government erst noch anstehen. E-Government der dritten Generation wird zu größeren Umbrüchen in Verwaltung und Politik, auch und gerade im Verhältnis zu Bürgern und zur Wirtschaft, aber auch im Verwaltungsgefüge, führen, als das beim Aufbau der ersten Stadtinformationssysteme vermutet wurde.

Die Veröffentlichung enthält eine Vielzahl von Abbildungen und Ergebnistabellen zu allen Fragen. Parallel werden die Ergebnisse in inhaltlich identischer Form in einem KGSt-Bericht veröffentlicht, um sie in der kommunalen Landschaft möglichst flächendeckend bekannt zu machen.

Weitere Informationen:
Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Preisträger „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

Alkoholprävention vor Ort



13 Städte, Landkreise und Gemeinden wurden Mitte Juli im Rahmen des 3. Bundeswettbewerbs der kommunalen Suchtprävention „Alkoholprävention vor Ort“ für ihre vorbildlichen Maßnahmen im Bereich der Suchtprävention ausgezeichnet.

Durch den – bereits zum dritten Mal durchgeführten – Wettbewerb zur kommunalen Suchtprävention sollen die kommunalen Aktivitäten auf diesem Gebiet bekannt und damit auch für andere nutzbar zu machen. Darüber hinaus sollen diejenigen Städte, Landkreise und Gemeinden Anerkennung finden, die innovative und wirksame Strategien mit Vorbildfunktion umsetzen. Insgesamt 105 Beiträge wurden bei dem fachlich vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) begleiteten und von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützten Wettbewerb eingereicht. Eine sachkundige Jury aus Wissenschaft und Wirtschaft ermittelte die Preisträger.

Die feierliche Preisübergabe fand am 13. Juli 2006 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin statt und erfolgte durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing und die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) Dr. Elisabeth Pott. Für die Auszeichnung stellte die BZgA ein Preisgeld von insgesamt 60 000 Euro zur Verfügung. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen beteiligten sich zusätzlich mit einem Sonderpreis „Alkohol und Arbeitslosigkeit“ in Höhe von 10 000 Euro. Die prämierten Beiträge sind als Print- und Online-Veröffentlichung kostenfrei erhältlich.

Auszeichnungen erhielten:

Kreisfreie Städte:

- Freie und Hansestadt Hamburg (10 000 Euro)
- Stadt Köln (5 000 Euro)
- Stadt Münster (5 000 Euro)

Kreisangehörige Kommunen:

- Kreisstadt Korbach (10 000 Euro)
- Stadt Lohne (5 000 Euro)
- Stadt Pfungstadt (5 000 Euro)

Landkreise:

- Landkreis Esslingen (8 000 Euro)
- Landkreis Konstanz (4 000 Euro)
- Landkreis Ostalbkreis (4 000 Euro)
- Landkreis Traunstein (4 000 Euro)

Den Sonderpreis der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen erhielten:

- Gemeinde Kiefersfelden (5 000 Euro)
- Landkreis Erlangen/Höchstadt und Stadt Erlangen (2 500 Euro)
- Stadt Neutraubling (2 500 Euro)

Hintergrund und Ziel des Wettbewerbs

Die Zahl der Menschen in Deutschland, bei denen eine Alkoholabhängigkeit oder ein -missbrauch vorliegt, wird auf rund 4,3 Mio. geschätzt. Der seit den 70er Jahren anhaltende Trend bei Jugendlichen zu weniger Alkoholkonsum wurde 2004 erstmals gebrochen. Zugenommen haben bei den Jugendlichen die wöchentlichen Trinkmengen und Alkoholrausch-Erfahrungen. Diese negative Entwicklung ist vor allem auf den gestiegenen Konsum von Alkopops zurückzuführen. Im Jahr 2003 wurden pro Kopf der Bevölkerung etwa zehn Liter reiner Alkohol konsumiert, womit Deutschland weltweit den höchsten Verbrauch hat. Die Kosten durch alkoholbedingte Krankheiten betragen ca. 20 Mrd. Euro im Jahr.

Die in der deutschen Bevölkerung weit verbreitete unkritisch positive Einstellung zum Alkohol verhindert einen realistischen Blick auf die Folgen zu hohen Alkoholkonsums bei Jugendlichen und Erwachsenen.

Die enormen negativen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen des hohen Alkoholkonsums in Deutschland dürfen daher nicht bagatellisiert, sondern müssen durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden. Bereits der erste Wettbewerb zur kommunalen Suchtprävention im Jahr 2001 machte deutlich, dass eine Reihe von Städten, Kreisen und Gemeinden bereits intensiv in der Alkoholprävention tätig sind.

Ziel des 3. Wettbewerbs war es daher, die kommunalen Handlungsfelder und Aktivitäten zur Alkoholprävention noch intensiver kennen zu lernen und sie einer breiten

Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Michael Bretschneider
Telefon: 030/39001-281
E-Mail: bretschneider@difu.de

Allgemeine Homepage:
<http://www.kommunale-suchtpraevention.de/>

Abruf der Dokumentation:
<http://www.kommunale-suchtpraevention.de/05-6/dokumentation/dokumentation-suchtpraevention-2005.pdf>

Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Dabei sollten die Städte, Kreise und Gemeinden ausgezeichnet werden, die mit ihren Aktivitäten ein besonders gutes Beispiel für andere Kommunen geben.

Der weiteren Präventionsarbeit soll auch das Preisgeld dienen, das von der Jury auf die 13 Preisträger verteilt wurde.

Bewertungskriterien

Lediglich geplante Vorhaben wurden nicht berücksichtigt. Folgende Bewertungskriterien wurden zugrunde gelegt:

- Zielfestlegung erfolgt vor der Intervention,
- Realisierung von Maßnahmen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene,
- Realisierung von Maßnahmen der Verhaltens- und Verhältnisprävention,
- Wirkung in der Fläche der Kommune,
- Vernetzung der Akteure,
- Langfristigkeit bzw. Nachhaltigkeit,
- Erfolgskontrolle und Dokumentation,
- Einbeziehung auch von bildungsfernen Schichten,
- Einbindung der Zielgruppen in die Planung,
- Geschlechtsspezifische bzw. geschlechtersensible Umsetzung,
- Verankerung auf der kommunalpolitischen Leitungsebene,
- Kommunenübergreifende Kooperation bzw. Einbindung in überregionale Kampagnen/Initiativen der Alkoholprävention.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden vom Difu in der Dokumentation „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention – Alkohol vor Ort“ zusammengefasst. Die Beiträge aller Wettbewerbsteilnehmer können im Internet unter <http://www.kommunalesuchtpraevention.de/05-06/beitraege/> abgerufen werden.

Die Wettbewerbsdokumentation ist unter der Bestellnummer 33 94 0 000 kostenfrei erhältlich bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Bestellung:
 BZgA, 51101 Köln, E-Mail: order@bzga.de
 Telefax: 0221/8992-257
 Internet: www.kommunalesuchtpraevention.de.



Hansestadt Hamburg



Kreisstadt Korbach



Landkreis Esslingen



Gemeinde Kiefersfelden

Interreg IIB Projekt B-Sure

Difu beteiligt sich als nationaler Think-Tank



Die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III (Laufzeit 2000 bis 2006) fördert mit ihrem Teilprogramm Interreg III B die transnationale Zusammenarbeit in verschiedenen Europäischen Kooperationsräumen mit dem Ziel, eine ausgewogene, nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union und eine bessere Integration mit den Nachbarstaaten zu unterstützen. Das Programm „Interreg IIB North Sea Region“ umfasst dabei Regionen Schwedens, Dänemarks, Deutschlands, der Niederlande, Belgien sowie Großbritanniens. In vielen Kommunen der Nordseeregion führte der wirtschaftliche Strukturwandel zu starker Deindustrialisierung, hoher Arbeitslosigkeit und erheblicher sozio-ökonomischer Segregation. In der Folge bildeten sich in vielen dieser Kommunen benachteiligte Stadtteile heraus, in denen sich viele miteinander zusammenhängende Probleme konzentrieren. Als ein Schlüssel für die Erneuerung einiger der betroffenen Stadtteile wird ihre Lage am Wasser und ihr damit verbundenes kulturelles Erbe gesehen.

Hier soll das Projekt B-Sure (Building on small scale regeneration of urban heritage along rivers and canals) ansetzen. Ziel von B-Sure ist es zu testen, inwieweit Erfolge in der Entwicklung von (öffentlichen) Flächen durch so genannte „Pin Point Initiatives“

oder „Pin Point Investments“ (PPI) erzielt werden können. „Pin Point Initiatives“ verstehen sich als kleine Maßnahmen mit möglichst großer Wirkung. Bei den Standorten des Projekts B-Sure handelt es sich meist um Flächen am oder in der Nähe des Wassers, die zum einen in benachteiligten Stadtteilen liegen und zum anderen besondere Herausforderungen an die Stadtentwicklung und -planung stellen. Die Einbindung des häufig vorhandenen, besonderen maritimen und kulturellen Erbes in die Projektentwicklung und -umsetzung spielt dabei eine große Rolle. Von den als Initialzündung zu verstehenden PPI erhofft man sich vor allem, die Qualität des öffentlichen Raumes in Stadtteilen oder Stadtquartieren mit einer Nähe zu Flüssen und Kanälen zu verbessern. Bauliche, natürliche und soziale Barrieren sollen überwunden werden. Darüber hinaus erhofft man sich vom Erfolg der PPIs eine generelle Verbesserung der Lebensqualität sowie des Stadtteilimages und damit eine Stabilisierung in diesen Quartieren. Ein Schlüssel hierzu ist die umfassende Aktivierung und Beteiligung der Bewohner, die einen weiteren Schwerpunkt von B-Sure ausmachen. Aus den Erkenntnissen der Projektumsetzung in den verschiedenen europäischen Städten sollen Handlungsanweisungen und Empfehlungen für Stadtplaner, aber auch Politiker abgeleitet werden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de
<http://www.b-sure-interreg.net/>



Am Projekt B-Sure sind neben dem Lead-Partner Port of Rotterdam (NL) die Städte Vlaardingen (NL), Colchester (UK), Emden (DE), Hamburg (DE), Aalborg (DK) sowie der Verein Spiellandschaft Stadt aus Bremen als Partner beteiligt. Neben der norwegischen Stadt Notodden als externem Experten sind das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) sowie die britische Commission for Architecture and the Built Environment (CABE) als nationale Think-Tanks in das Projekt eingebunden. Das Finanzvolumen des Projekts beträgt rund 6,1 Mio. Euro. Projektlaufzeit von B-Sure ist von Juli 2004 bis Juli 2007.

B-Sure-Partnermeeting
28.–29. März 2006 in Emden
(Stadtteil Barenburg)

Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Anforderungen, Möglichkeiten, Probleme

Die außerordentliche Resonanz auf die Difu-Studie „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Berlin 2005) erforderte schon ein halbes Jahr nach Erscheinen einen Nachdruck. Und es scheint sich zu bestätigen: Die Innenstadt als Wohnort erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Zumindest ist eine lebhaftere öffentliche Diskussion über die Wiederkehr der Wohnfunktion der Innenstadt in Gang gekommen. Auch bei Planern und Stadtpolitikern besteht die Hoffnung, mit der neu entfachten Debatte das Wohnen in die Innenstädte zurück zu holen und die „Verödung“ durch „neue Urbanität“ wenn nicht zu beenden, so ihr doch wenigstens entgegenwirken zu können.

Zunehmend veranstalten Städte öffentliche Workshops und Hearings, um in ihrer Stadt das Bewusstsein für neue Möglichkeiten des Innenstadtwohnens zu wecken und die Bedingungen für eine Realisierung auszuloten. Die fachliche Debatte zu dieser neuen Entwicklung verläuft noch recht zurückhaltend, denn die Datenbasis für die Behauptung einer Rückkehr der Wohnbevölkerung in die Stadt – hier: in die Innenstadt – erscheint noch zu ungenügend, um auf einen generellen Trend schließen zu können. Stadtplanung ist jedoch immer auch ein Geschäft, das von den Möglichkeiten künftiger Entwicklungen handelt und entsprechendes Bewusstsein bei – allen – Akteuren schärfen will. Über die Aufwertung einzelner Areale und Quartiere hinaus gibt es indes handfeste Gründe, die dem Ziel „Neues Wohnen in der Innenstadt“ förderlich sind. Sie beruhen – anders als in den vergangenen Jahrzehnten – nicht auf Wünschen, Hoffnungen und Forderungen einzelner Fachexperten und den von Ihnen vertretenen Fachdisziplinen, sondern auf veränderten Rahmenbedingungen, die dieser Absicht bzw. Hoffnung einen realen Hintergrund verleihen und neue Möglichkeiten für das Wohnen in der Innenstadt eröffnen.

Die Difu-Studie „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ hat grundlegende Ergebnisse und Überlegungen aus Großstädten vorgestellt, aber es zeigte sich bald, dass auch mittlere Großstädte und kleinere Städte sich mit dem Thema und der damit ver-

bundenen Problematik auseinandersetzen. Deshalb wird in einem weiteren Forschungsprojekt (Arbeitstitel: „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt – Anforderungen, Möglichkeiten, Probleme“) untersucht, welche Bedingungen für innenstadtnahes Wohnen in Städten unterschiedlicher Größe vorliegen, was die Städte tun können, um die Wohnfunktion der Innenstadt zu stärken und welche Hindernisse und Probleme es dabei zu bewältigen gilt. Folgende Themenkomplexe und Fragen stehen im Vordergrund des Interesses des neuen Difu-Projekts, das unter der Beteiligung und dem Engagement von sieben Städten (Dresden, Braunschweig, Frankfurt/M, Kassel, Köln, Schwäbisch-Gmünd, Wetzlar) bearbeitet wird und dessen Ergebnisse Ende 2007 vorliegen sollen:

- Welche stadtentwicklungspolitischen Ziele sollen mit einer Aufwertung der Innenstadt als Wohnstandort verfolgt werden? Welche Möglichkeiten und welche Instrumente gibt es zur Erreichung dieser Ziele? Welche Anforderungen und Konflikte ergeben sich daraus?
- Die Informationsgesellschaft führt zu einer neuen räumlichen Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten, teilweise setzt sie die räumliche Nähe der Wirtschaftssub-



Berlin

Weitere Informationen:
Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl
Telefon: 030/39001-243
E-Mail: bruehl@difu.de

Foto: Wolf-Christian Strauss



Foto: Wolf-Christian Strauss
Esslingen

jekte voraus. Lässt sich diese These in Bezug auf innenstadtnahes Wohnen belegen? Gibt es einen relevanten Zusammenhang zwischen Wohnangebot und der Entwicklung von (qualifizierten) Arbeitsplätzen in der Innenstadt bzw. im innenstadtnahen Bereich?

- Es bilden sich neue Wohnbedürfnisse und neue Wohnpräferenzen heraus (Demographischer Wandel, Wertewandel, Ausdifferenzierung der Lebensstile). Inwieweit kann die Stadtplanung diesen Bedürfnissen und Präferenzen durch eine gezielte Planung nachkommen?

- Welchen Einfluss hat die Eigentumsstruktur auf die Entwicklung des Wohnens im Innenstadtbereich? Welche Folgen sind für die Innenstadt aufgrund der Privatisierung von kommunalem Wohnungsbestand zu erwarten?
- Es besteht die Gefahr, dass in Innenstadtkartieren vor allem teurer Wohnraum entsteht. Diesen Wohnraum können sich oftmals Angehörige unterhalb der (gehobenen) Mittelschicht nicht leisten. Welche sozialräumlichen Folgen sind für die Stadtentwicklung zu erwarten, wenn aufgrund der steigenden Mieten im Innenstadtbereich die nicht im gesicherten Wohlstand Lebenden schrittweise an den Stadtrand verdrängt werden? Welche Möglichkeiten der Stadtpolitik werden gesehen, auf diese Entwicklung steuernd einzuwirken und kostengünstigen Wohnraum für breitere Schichten in den Innenstädten bereitzustellen (Wohnungspolitik als sozialintegratives Steuerungsinstrument)?
- Welche Finanzierungskonzepte (u. a. öffentliche Wohnbaufördermittel, Erbpacht) sind denkbar?
- Es scheint ein unausgesprochener Konsens der Fachleute darüber zu bestehen, dass für Familien die Innenstadt und innenstadtnahe Gebiete ein ungeeigneter Ort zum Wohnen sind. Es zeigt sich jedoch, dass auch junge Familien in der Innenstadt wohnen wollen. Was ist zu tun bzw. kann getan werden, um ihnen das Wohnen hier hinsichtlich Wohnung und Wohnumfeld zu ermöglichen?
- Welche Anforderungen an das Wohnumfeld müssen gestellt werden, um das Interesse am Wohnstandort „Innenstadt“ zu erhalten und zu fördern?
- Welche Wohnmodelle (Stadthäuser, Mietwohnungsbau, kostengünstiges Bauen) sind für den Innenstadtbereich denkbar?

Quelle: Emmerdinger TORheiten
Verena und Klaus Nunn, 2004



Kommunalwissenschaftliche Prämienausschreibung 2006

Hervorragende wissenschaftliche Arbeiten gesucht

Die Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften vergibt – gemeinsam mit der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung – für das Jahr 2006 Prämien für hervorragende Abhandlungen, insbesondere Dissertationen, aus folgenden Disziplinen:

- Kommunalpolitik und -verwaltung, Kommunalrecht (Carl-Goerdeler-Preis)
- Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte
- Kommunalwirtschaft, Daseinsvorsorge, Kommunalfinanzen
- Räumliche Planung, Stadtbauwesen, Bau- und Planungsrecht.

Die Ausschreibung wendet sich an Studierende, Doktoranden, Absolventen, Assistenten sowie Wissenschaftler der Universitäten und Hochschulen und ruft sie auf, sich mit Arbeiten zu kommunalwissenschaftlichen Themen der genannten Gebiete zu beteiligen. Der Gesamtbetrag für die Ausschreibung 2006 wurde festgesetzt auf

8000,- Euro.

Prämiert werden deutschsprachige Abhandlungen, die kommunalwissenschaftlich von besonderem Wert sind und der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland neue Erkenntnisse vermitteln. Letzter Abgabetermin ist der 31. Januar 2007 (Poststempel). Die Preisträger erhalten eine Urkunde und ihre Namen werden in den Zeitschriften der kommunalen Spitzenverbände veröffentlicht.

Was ist bei der Prämien- Ausschreibung 2006 zu beachten?

Soweit es sich um Dissertationen handelt, muss das Promotionsverfahren im Jahre 2006 mit der mündlichen Prüfung abgeschlossen worden sein. Neben zwei Exemplaren der Arbeit sind ein Lebenslauf des Bewerbers, ein Nachweis über den Abschluss der Prüfung, eine Kurzfassung der Arbeit (etwa 1/2 Schreibmaschinenseite) und (bei Dissertationen) ein schriftliches (verschlossenes) Urteil des Fachvertreters der Hochschule über den wissenschaftlichen Wert der Arbeit beim Deutschen

Institut für Urbanistik, – Prämienausschreibung –, 10623 Berlin, Straße des 17. Juni 112, einzureichen. Ein Exemplar der Arbeit verbleibt zur Dokumentation beim Deutschen Institut für Urbanistik.

Diplom-, Magister-, Lizentiaten- und Staatsexamensarbeiten werden analog behandelt. Habilitationsschriften, auftragsgebundene Gutachten und Forschungsarbeiten sowie Abhandlungen, die nicht im Zusammenhang mit einem Prüfungsverfahren oder dem Erwerb eines akademischen Grades stehen, sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Die Prämierung erfolgt innerhalb der vier Disziplinen. In jeder soll ein Preis von 2000,- Euro vergeben werden. Der Preis kann auch zu gleichen oder gestaffelten Anteilen an mehrere Einsender vergeben werden. Wenn in einer Disziplin keine prämiierungswürdigen Arbeiten eingereicht werden, kann der frei werdende Betrag in einer anderen Disziplin oder für die Prämienvergabe des folgenden Jahres verwendet werden. Die Prämienvergabe ist bis Ende 2007 vorgesehen.

Die Begutachtung der eingereichten Arbeiten obliegt dem Deutschen Institut für Urbanistik, auf dessen Vorschlag ein satzungsgemäßes Gremium aus Vertretern des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. und der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) sowie für Abteilung I zusätzlich die Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung unter Ausschluss des Rechtsweges über die Prämierung entscheiden.

Weitere Informationen:

Deutsches Institut für
Urbanistik
– Prämienausschreibung –
Regina Haschke
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
Telefon: 030/39001-215
Telefax: 030/39001-216
E-Mail: haschke@difu.de

Neu im Difu-Internet

Difu-Jahresbericht 2005

<http://www.difu.de/archiv/Jab-05.pdf>

Ausgewählte Vorträge der Fachtagung Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit 2005 in Berlin

- „Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit“
<http://www.difu.de/seminare/dokumente/pdf/LA-UuG-Holzmann.pdf>
- „Lokale Agenda 21 – Bilanz und Perspektiven 13 Jahre nach Rio“
<http://www.difu.de/seminare/dokumente/pdf/LA-UuG-Pierk.pdf>
- „Umwelt und Gesundheit in der Stadtentwicklung“
<http://www.difu.de/seminare/dokumente/pdf/LA-UuG-Reiss-Schmidt.pdf>

■ Forschungsvorhaben „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ – Ziele, Arbeitsschritte, zentrale Ergebnisse der Expertise

<http://www.difu.de/seminare/dokumente/pdf/LA-UuG-Loehr-forschungsvorhaben.pdf>

Newsletter „Soziale Stadt“

- Heft 19: Lokale Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen – ein Blick in fünf europäische Länder
<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/DF5804-info19.pdf>

Exklusiv für Difu-Zuwender

Vortrag „Herausforderungen und Konsequenzen des demografischen Wandels für Kommunalpolitik und -verwaltung“

Vortrag: <http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-maeding-demographischer-wandel-vortrag.pdf>
Folien: <http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-maeding-demographischer-wandel-folien.pdf>

Vortrag „Wie bereiten sich die Kommunen in Deutschland auf den demographischen Wandel vor?“

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-maeding-kommunen-in-deutschland.pdf>
Folien: <http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-maeding-kommunen-in-deutschland-folien.pdf>

Bericht „Handlungsfelder und Handlungsstrategien für die innere Stadt“

http://www.difu.de/extranet/vortraege/05_sander_innerestadt.pdf

Vortragsfolien „Leben Migranten in parallelen Welten? – Sozialräumliche Integration in der Diskussion“

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-reimann-parallelgesellschaft.pdf>

Vortragsfolien „Herausforderungen in der Daseinsvorsorge und die Perspektiven öffentlichen Eigentums“

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-libbe-daseinsvorsorge.pdf>

Vortragsfolien „Stadtmarketing – Status quo und Perspektiven“

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-grabow-stadtmarketing.pdf>

Feinstaub in der Stadt

- Vortragsfolien „Hotspots im Planfeststellungsverfahren und in der strategischen Umweltprüfung – Rechtlicher Stand“
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-rottmann-feinstaub.pdf>
- Vortragsfolien „Aufgaben und rechtliche Rahmenbedingungen der Luftreinhaltung aus kommunaler Sicht“
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-rottmann-feinstaub-rahmenbedingungen.pdf>
- Bibliographie „Was taugen verkehrspolitische Steuerungsinstrumente?“
<http://www.difu.de/seminare/berichte/06feinstaub.bibliographie.pdf>

Vortragsfolien „Die Umgebungslärmrichtlinie – Stand der bundesrechtlichen Umsetzung“

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/06-rottmann-laermminderung.pdf>

Seminarbibliographie „Hartz IV – Eine Reform im Umsetzungsprozess“

<http://www.difu.de/seminare/berichte/06hartziv.bibliographie.pdf>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat- und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet
<http://www.difu.de/extranet/>.
Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben. Weitere Informationen zum Verfahren erhalten Sie auch im Internet unter:
<http://www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml>

Wechsel in den Unruhestand

Mit **Klaus Mittag** verlässt erneut ein „Difu-Urgestein“ das Institut. Vor 32 Jahren trat er seinen Dienst in der Kölner Abteilung des Difu an und wurde schon bald zum Vorreiter kommunaler Praxisberatung. Als Diplom-Psychologe und versierter Marktforscher entwickelte sich Mittag zum Promoter und Nukleus des Difu-Themenschwerpunkts „Empirische Sozialforschung, Sozialplanung und Programmbegleitung“. In einer Zeit, in der die institutionelle Förderung des Instituts noch deutlich im Vordergrund stand, war Klaus Mittag einer der Ersten, der große extern finanzierte Projekte zu Themen wie „Kommunale Bildungsberatung“ und „Sozialstationen“ akquirierte. Die Kölner Abteilung des Difu, deren besondere Bedeutung Klaus Mittag stets unterstrich, trug so schon in frühen Jahren intensiv zur Instituts-Finanzierung bei.

Ein überaus strukturiertes und kreatives Denken sowie breite empirische Methodenkenntnisse führten dazu, dass Klaus Mittag auch immer wieder in Projekte der Berliner Kollegen als hochgeschätzter Unterstützer, Berater und Begleiter einbezogen wurde.

Beispiele hierfür sind der „Bundeswettbewerb Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, das „Bund-Länder-Programm – Die Soziale Stadt“ sowie das Projekt „Wohnen in der Innenstadt“. Rat und Expertise wurden aber häufig auch von externer Seite eingeholt: in jüngerer Zeit vor allem von den deutschen Repräsentanten des EU-Vorhabens „Urban Audit“. Nicht unerwähnt bleiben darf Klaus Mittags' ungemein breiter Wissenshorizont. Nicht zufällig wurde ihm mehrfach das Attribut „Lebende Enzyklopädie“ verliehen.

Eine besondere Aufgabe sah Klaus Mittag schließlich auch darin, sein Wissen und seine Fähigkeiten an junge Kollegen – meist über Praktika – weiterzugeben, um dann mit großer Freude deren spätere berufliche Erfolge zu registrieren.

Auch wenn Klaus Mittag sich nun im Ruhestand seinen vielfältigen nicht Difu-bezogenen Interessen widmen wird, so hoffen seine Kollegen, dass er ihnen bisweilen noch als innovativer und kritischer Gesprächspartner zur Seite stehen wird.

Wechsel in Kommune und außereuropäisches Ausland

Manuela Rottmann und Jan Hendrik Trapp sind für den Wechsel in den Ruhestand bei Weitem zu jung. Für beide haben sich neue spannende Herausforderungen aufgetan:

Manuela Rottmann ist neue Dezernentin für Umwelt und Gesundheit der Difu-Zuwenderstadt Frankfurt/Main. Die Juristin arbeitete zwei Jahre am Difu und wirkte intensiv und stets äußerst kompetent an einer Reihe von Difu-Veröffentlichungen mit und bereicherte viele Veranstaltungen mit ihren Vorträgen und Moderationen. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehörten Rechtsfragen der kommunalen Daseinsvorsorge, der Privatisierung öffentlicher Leistungen, das Infrastruktur-, Verkehrs- und Umweltrecht sowie Auswirkungen des Europarechts auf die kommunale Selbstverwaltung. Ihr umfangreiches Fachwissen und ihre unkomplizierte zupackende Art machten Manuela Rottmann im Difu in kürzester Zeit zu einer stets gern nachgefragten (Fach-)kollegin.

Jan Hendrik Trapp ist nicht auf der kommunalen Ebene Deutschlands geblieben, er wird künftig im Auftrag einer deutschen Entwicklungsorganisation seine vielfältigen fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen beim Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Lateinamerika nutzen. Der Soziologe war im Zeitraum zwischen 1998 und 2006 für das Difu tätig. Schwerpunkte seiner fundierten Arbeit lagen im Bereich des Wandels kommunaler Aufgabenwahrnehmung sowie der politischen Steuerung und Gemeinwohlsicherung; hier insbesondere in umweltrelevanten lokalen Infrastrukturbereichen wie der Wasserwirtschaft. Intensive Studien zur Privatisierung öffentlicher Aufgabenbereiche sowie wie zur Lokalen Agenda 21 machten ihn zu einem wichtigen und im Kreis der Kollegen geschätzten Mitarbeiter am Difu.

Das Difu lässt die beiden nicht gerne ziehen, aber freut sich mit ihnen über die neuen Chancen und wünscht weiterhin viel Erfolg!



Manuela Rottmann



Jan Hendrik Trapp

Mediennachlese

... „Auch wenn man die Stellung der Kommunen heute mit der von 1970 vergleicht, haben sie klar an Handlungs- und Gestaltungsspielraum verloren“, sagt Heinrich Mäding. Nach Einschätzung des Leiters des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin (Difu) hat das nicht nur mit der gähnenden Leere in den Stadtkassen zu tun, sondern auch mit der zunehmenden Regulierung, respektive Überregulierung, durch Länder, Bund und EU. ... Auch die Lokalpolitiker stecken in einem Dauer-Dilemma, das Mäding so beschreibt: „Ein Oberbürgermeister merkt jeden Tag, wie eng die Grenzen seiner Handlungsspielräume sind. Gleichzeitig muss er, um wiedergewählt zu werden, permanent kommunizieren, wie erfolgreich seine Arbeit ist.“ Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der Kommunalpolitik, die nötig wäre, in der Kommune all diejenigen ins Boot zu holen, die die Dinge zum Besseren verändern könnten. ... **brand eins, 9/2006**

... Städte und Kommunen stehen im Zentrum des Problems: Sie müssen statistische Prognosen mit in die Stadtpolitik einbeziehen, und das laut Robert Sander von Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) auf möglichst ganzheitlicher Ebene: „Städtische Bau-, Raum- und Sozialstrukturen einschließlich der technischen und sozialen Infrastrukturen müssen an die veränderten Rahmenbedingungen einer Stadtentwicklung ohne Wachstum angepasst werden.“ Zum Beispiel bei der Innenstadtentwicklung sieht Sander eine Reihe von Aufgaben: „Herausbildung eines identitätsbildenden Zentrums, Bewahrung historischer Bauwerke, Wohnumfeldverbesserung und Wohnungsneubau, aber auch der Umgang mit Leerständen.“ ...

Business Geomatics, 9/2006

Kommunen und Bauträger können für ihr jeweiliges Bundesland die Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten des Radverkehrs im Internet unter www.nationaler-radverkehrsplan.de online anzeigen lassen. Eine Datenbank kann nach Planung, Radverkehrsanlagen, Wegweiser, Querungshilfe etc. abgefragt werden. ... Deutsches Institut für Urbanistik, Arbeitsgruppe Fahrradportal, ... **Umwelt Kommunale Ökologische Briefe, 6.9.06**

... Auch Klaus Beckmann, designierter Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, fordert vor dem Hintergrund der abnehmenden Bevölkerungszahl „flexible Alternativen“. Dazu gehörten Busse, die nur bei Nachfrage fahren, Sammeltaxen und Pendlernetzwerke.

In manchen Regionen werde aber selbst das Angebot nicht mehr möglich sein. „Dort können wir Mobilität nur mit steuerlichen Anreizen und Fördermitteln garantieren.“ ... **Wirtschaftswoche, 21. August 06**

Neuer Leiter am Berliner Institut für Urbanistik. Klaus J. Beckmann übernimmt am 1. Oktober die Leitung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin. Das teilte das Institut am Dienstag mit. Es ist das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Zur Zeit ist Beckmann Leiter des Instituts für Stadtbauwesen und Stadtverkehr und Inhaber des gleichnamigen Lehrstuhls an der Rheinisch-Technischen Hochschule Aachen. Beckmann tritt die Nachfolge von Heinrich Mäding an, der das Difu seit 1992 leitet und aus Altersgründen ausscheidet.

dpa, 1. August 2006

Neue Publikationen des Difu sind immer Pflichtlektüre. Das vorliegende Buch um so mehr, als die Grünen ja im Herbst einen Zukunftskongress abhalten wollen, bei dem es u.a. auch um die Zukunft von Migration und Integration geht. Der Band ist das Auftaktwerk zu einer Reihe „Beiträge zum Forschungsverbund *Stadt 2030*“. Er setzt sich aus zehn Aufsätzen zusammen. Die beiden ersten von Albrecht Göschel und Hartmut Häußermann und der letzte von Bettina Reimann bilden sozusagen den Rahmen mit Fragestellungen zu ... Integration und Urbanität sowie zur Perspektive der Stadtgesellschaft. ... Ich fand den Band ausgesprochen lesenswert und bin schon auf die Nachfolger gespannt, ...

AKP, Juli/August 2006

... Umfrage- und Forschungsergebnisse veröffentlicht das „Deutsche Institut für Urbanistik (Difu)“ regelmäßig; es geht in seinem jüngsten Newsletter aber auch Fragen von erheblicher Konsequenz für Industrie und Kommunen nach ... Als Denkfabrik der Städte und des Städtischen verfolgen die rund 100 Mitarbeiter und Wissenschaftler die wirtschaftlichen, sozialen und stadtplanerischen Trends der Städte mit akribischem Gespür für Trends. ... Dass 111 „Zuwander“, meist Städte und Kommunalverbände, die Arbeit des Instituts erheblich (mit)finanzieren, spricht für die wissenschaftliche, anwendungsorientierte und politikberatende Qualität des Think-Tanks Difu. Was hier erforscht wird, wird in Fortbildungsveranstaltungen an Führungskräfte, leitende Verwaltungen, leitende Mitarbeiter und Mitglieder von Vertre-

tungskörperschaften weitergegeben. ...
Handelsblatt, 26. Juli 2006

... PPP ist auf dem Vormarsch. Das Deutsche Institut für Urbanistik spricht von einem „wirklichen Boom“ seit 2004. Es zählte im vergangenen Herbst rund 160 PPP-Projekte in den Kommunen. Die Bürgermeister rühmen Effizienzgewinne von durchschnittlich zehn Prozent. Künftig, erklären die Forscher vom Urbanistik-Institut, werde PPP noch viel öfter eingesetzt, um Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wahrzunehmen.
... **DIE ZEIT, 22. Juni 2006**

... Studien führender Stadtforschungsinstitute wie des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin, des Instituts für Raumökologie Dresden und des Lehrstuhls Stadttechnik an der TU Cottbus belegen, daß sich breitartig zerfließende und perforierte städtische Strukturen belastend auf die Haushalte der Kommunen, alsbald aber auch der Endverbraucher auswirken. Dabei kommt es zu einer Kettenreaktion. Schrumpfende Bevölkerung, Wohnungsleerstände und unkoordinierte Gebäudeabrisse führen zur Unterauslastung der Ver- und Entsorgungsnetze, die sich ihrerseits in Wärmeverlusten, Verstopfung und Verkeimung von Leitungen sowie überproportional ansteigenden Wartungs- und Reparaturkosten auswirken. ...
Die Welt, 17. Juni 2006

Europäisches Umweltrecht in den Kommunen. Diese Schrift der Juristin Manuela Rottmann könnte das Manuskript des Abschlussvortrags des 15. BUVKO gewesen sein. Alle wichtigen Themenblöcke des Kongresses ... werden abgehandelt. Selbstverständlich muss und ist diese Schrift auch aktueller... . Da der Herausgeber das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) ist, ist auch der Blickwinkel der Ausführungen klar: Hier werden ... die Belange und Interessen der Kommunen berücksichtigt. ... Wer etwas erreichen will im kommunalen Bereich, sollte sich diese Broschüre besorgen!
mobilogisch!, Juni 2006

... „Die Krise des Einzelhandels sorgt für eine verschärfte Problemlage auch in größeren Städten“, erklärt Dr. Gerd Kühn, Koordinator des Arbeitsbereichs Fortbildung beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). „Selbst in 1a-Lagen gibt es Leerstände, ortsansässige Händler werden zusehends verdrängt, und dazu kommt die Krise der Warenhäuser. Dies ergibt eine schwierige Problem-Me-lange.“... Daher erscheinen Investoren und Betreiber, die in Städten mit ihren Plänen für neue Centerentwicklungen vorstellig werden, oftmals als Rettung in der

Not. „Viele Rathäuser sind mit einer solchen Ansiedlungsentscheidung jedoch überfordert. Für sie ist es ein singuläres Ereignis, für die Projektentwickler Tagesgeschäft“, so Kühn. Das Ergebnis ist in vielen Fällen ein Center, das die Innenstadt nicht stärkt, sondern im Gegenteil für den Niedergang der traditionellen Shoppingmeile sorgt. ...
Immobilien Manager, Juni 2006

... Stadtplaner Hasso Brühl, der als Projektleiter die aktuelle Untersuchung „Wohnen in der Innenstadt“ (Deutsches Institut für Urbanistik) auf den Weg gebracht hat, spricht vom „Wohnungsleitbild“, das sich in den letzten Jahren geändert hat. Das heißt, das Eigenheim im Grünen büßte seine Ruf als allein glücklich machendes Statussymbol ein, während der städtische Raum an Attraktivität gewann. Der einstige Moloch zeigt plötzlich von Tag zu Tag ein freundlicheres Gesicht. Das liegt vor allem daran, dass Investoren begannen und beginnen, die City als urbanen Lebensraum wiederzuentdecken und Wohnraum bereitzustellen. Das Leben im Zentrum ist ganz im Trend, was wiederum die Renditeerwartungen für innerstädtische Liegenschaften in die Höhe treibt. ...
Madame, Juni 2006

... Stadtmarketing darf nicht zum reinen „Event-Tam-Tam“ verkommen... . Stadtplaner, Wirtschaftsförderer, Interessensverbände insbesondere des Handels, alle wollen das Instrument Stadtmarketing ins rechte Licht rücken. Ins rechte Licht gerückt wird der Begriff, was darunter zu verstehen ist, wie sich Stadtmarketing in der bundesdeutschen Praxis entwickelt hat und wie es beispielhaft in verschiedenen Städten angewandt wird, nunmehr vom Deutschen Institut für Urbanistik im Band 42 der Beiträge zur Stadtforschung. Eines macht das Buch klar: Es gibt nach wie vor keine einheitliche Herangehensweise in den Städten und auch die Erfolge von Stadtmarketing lassen sich nicht so einfach auflisten und vergleichen.
GRIBS – Kommunalrundbrief, Juni 2006

You Should Know/Global: The German Institute of Urban Affairs conducted a study on the impact of demographic change on Local and Regional Government for CEMR (Council of European Municipalities and Regions, www.ccre.org). The publication can be downloaded from Difu website <http://edoc.difu.de/orlis/DF10409.pdf>. All European countries are facing challenges from demographic change. These fundamental, serious developments have complex consequences for local and regional authorities. ...
Interbiznet Bugler, June 2006

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Postfach 120321
D-10593 Berlin
<http://www.difu.de>

Redaktion

Steffen Goubeaud (Praktikant)
Mike Ludwig (Praktikant)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253/-256

Redaktionskontakt und Berichtevertreiber

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

<http://www.difu.de/difu-news>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 32

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit wird darauf verzichtet, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P&R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten.

Bestellschein

Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin

Fax: 030/39001-275, Telefon: 030/39001-256 / -253

E-Mail: verlag@difu.de, Internet: http://www.difu.de

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

 Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis **aller** lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei). Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. zweimal im Monat).**Difu-Beiträge zur Stadtforschung****__ Expl. Mobilität 2050**

Szenarien der Siedlungsentwicklung und des Verkehrs
 Von Sven Oeltze, Tilman Bracher u.a.
 2006. Bd. 48. Ca. 200 S., farbiger Abbildungsteil,
 ca. 25,- Euro, ISBN 978-3-88118-425-0 (In Vorbereitung)

__ Expl. Nahversorgung in Großstädten

Von Rolf Junker und Gerd Kühn
 2006. Bd. 47. 132 S., teilweise farbig, 19,- Euro
 ISBN 978-3-88118-420-5

__ Expl. Monitoring und Bauleitplanung

Von Arno Bunzel und Gregor Jekel
 2006. Bd. 46. 240 S., 25,- Euro, ISBN 978-3-88118-421-2

__ Expl. Transformation netzgebundener Infrastruktur

Strategien für Kommunen am Beispiel Wasser
 Hrsg. von Thomas Kluge und Jens Libbe
 2006. Bd. 45. 420 S., vierfarbig, 19,- Euro
 ISBN 978-3-88118-411-3

__ Expl. Funktionale Beschreibung von ÖPNV in Städten

Von Michael Lehmbrock u.a.
 2006. Bd. 44. 180 S., 24,- Euro, ISBN 978-3-88118-410-6

__ Expl. Die Denkmaltopographie als Erfassungsinstrument und kulturgeschichtliches Unternehmen

Von Claus-Peter Echter
 2006. Bd. 43. 376 S., vierfarbiger Abbildungsteil,
 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-409-0

__ Expl. Stadtmarketing – Status quo und Perspektiven

Hrsg. von Florian Birk, Busso Grabow und Beate Hollbach-Grömig
 2006. Bd. 42. 324 S., zahlreiche Abb., Tab., Übers.,
 32,- Euro, ISBN 978-3-88118-404-5

__ Expl. Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?

Von Hasso Brühl u.a.
 2006. Bd. 41. 336 S., 29,- Euro, ISBN 978-3-88118-392-5

Materialien**__ Expl. Kommunales E-Government 2006 – eine empirische Bestandsaufnahme**

Von Busso Grabow und Christine Siegfried
 Bd. 6/2006. 176 S., Schutzgebühr 18,- Euro
 ISBN 978-3-88118-422-9

__ Expl. EU-Aktivitäten deutscher Städte

Von Werner Heinz, Andrea Jonas, Vera Lorke, Klaus Mittag
 Bd. 5/2006. 186 S., Schutzgebühr 20,- Euro
 ISBN 978-3-88118-419-9

__ Expl. Aktuelle Konzepte und Maßnahmen der städtischen Freiraumentwicklung

Hrsg. von Luise Preisler-Holl
 Bd. 4/2006. 170 S., Schutzgebühr 20,- Euro
 ISBN 978-3-88118-413-7

__ Expl. Brachflächenrecycling: Herausforderungen, Lösungen, Nutzen!

Dokumentation einer deutsch-amerikanischen Konferenz
 Hrsg. von Thomas Preuß u.a.
 Bd. 1/2006. 286 S., Schutzgebühr 23,- Euro
 ISBN 978-3-88118-412-0

Arbeitshilfen**__ Expl. Umweltfreundlicher, attraktiver und leistungsfähiger ÖPNV – ein Handbuch**

Von Volker Eichmann u.a.
 (Im Auftrag des UBA, Fachbetreuer: M. Bölke)
 2006. 344 S., Schutzgebühr 32,- Euro
 ISBN 978-3-88118-395-6

Sonderveröffentlichung**__ Expl. Brennpunkt Stadt**

Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt,
 politische Einheit
 Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag
 Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik
 2006. 616 S., 48,- Euro, ISBN 978-3-88118-426-7

Aktuelle Information**__ Expl. Europäisches Umweltrecht und Stadtentwicklung**

Ein aktueller Überblick über für die Kommunen relevante
 umweltpolitische Initiativen und Strategien
 Von Manuela Rottmann
 2006. 24 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Die Sachinvestitionen der Kommunen und ihrer Unternehmen – eine Bestandsaufnahme

Von Michael Reidenbach
 2006. 12 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Zeitschriften**__ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

(DfK) Halbjahresschrift, Heft I/2006: „Die gebaute Stadt –
 Stadtentwicklung und Städtebau im Bestand“
 124 S., Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo
 35,- Euro, ISBN 978-3-88118-417-5